

Haushalt und Finanzen 2011



Rede des Sprechers der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, Norbert Vogelpohl, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2011 am 2. März 2011

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

ein Haushaltsplan, wie er von der Verwaltung zur Abstimmung vorgelegt worden ist, ist eine Prognose, eine Vorhersage. Prognosen sind so schwierig, das wissen wir von Karl Valentin, weil sie soviel mit Zukunft zu tun haben. Die Aufstellung dieses Haushaltes war und ist auch deshalb schwierig, weil es Unsicherheiten bezüglich der Zuweisungen des Landes gab. Ihnen fallen sicherlich sofort ein: Nachtragshaushalt, GFG 2011, Förderung Ausbau U3-Betreuung.

Wir Grüne wissen, dass auch die Deponie Rödder, die Genehmigung von Mastställen, und anderes mehr, nicht nur die Politik sondern auch die Verwaltung im vergangenen Jahr stark in Anspruch genommen hat. Daher möchte ich Sie, Herr Püning, bitten, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Dank der Grünen Kreistagsfraktion für die gute Zusammenarbeit und geleistete Arbeit zu übermitteln.

Bei den Haushaltsberatungen hatte ich zuweilen den Eindruck, dass einigen von Ihnen – zu meiner Rechten - die Diskussion des Landeshaushaltes wichtiger ist, als die des Kreishaushaltes. Das GFG 2011, über das wir alle zu einem selten dämlichen Zeitpunkt informiert worden sind, stellt unstrittig eine zusätzliche Belastung dar. Es ist eine zusätzliche Belastung zu den „Segnungen“, die der kommunalen Familie aus Berlin zuteil wird. Ich erinnere nur an den Rückzug des Bundes aus der anteiligen Finanzierung der Kosten der Unterkunft für SGB II –Bezieher.

Herr Borgmann hat als Sprecher der Bürgermeisterrunde deutlich gemacht, dass er sich die von der Landesregierung angekündigte Partnerschaft von Land und Kommunen anders vorgestellt hat. Zu Recht beklagt er hier die fehlenden, aber möglichen und nötigen Verfahrensabsprachen, die zur mangelnder Transparenz und im Ergebnis zu der ärgerlichen vorweihnachtlichen Überraschung führten.

Aber sehen wir uns die Zahlen in Ruhe an: Nach der vorliegenden Modellrechnung werden ca. 54,3 Mio. Euro in den Kreis Coesfeld fließen, ohne die Anpassung der Grunddaten wären es 63 Mio. Euro gewesen. Zu berücksichtigen sind zudem noch die 5,9 Mio. Euro, die durch den Nachtragshaushalt 2010 dem Kreis sowie den Städten und Gemeinden zugeflossen sind. So bleiben uns im regionalen Finanzverbund letztlich Mindereinnahmen in Höhe von ca. 3 Mio. Euro.

Wir reden die Probleme infolge der Umstellungen im GFG 2011 nicht klein, wahrlich nicht. Denn unstrittig ist: Viele Kämmerer im Kreisgebiet atmen wegen des Schuldenstandes nur noch durch die Nase! Aber: Das emotionale Getöse ist der Situation nicht angemessen und es hält uns von der Problemlösung ab! Die Sanierung der kommunalen Kassen ist auch eine Kernaufgabe und eine Herausforderung für die kommunalen Verwaltungen und die Kommunalpolitik.

Wir hören sehr genau hin, wie sich unsere kommunalen Spitzenverbände in dieser Angelegenheit positioniert haben. Diese stellen einmütig fest, die Anpassung der Grunddaten war dringend geboten und unaufschiebbar! Lediglich bei der Frage, ob die überfällige Umstellung in einem, zwei oder gar drei Schritten vollzogen werden soll, gibt es noch Differenzen!

Konzentrieren wir uns auf die Herausforderungen und Aufgaben, die vor uns liegen. Eine Herkulesaufgabe der nächsten Jahre wird der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren sein. Zwar lagen wir als Kreis Coesfeld mit unserem Angebot für 15,8 % der Kinder über dem Landes- und über dem Münsterlanddurchschnitt. Mit der aktuellen Fassung des Kindergartenbedarfsplans erreichen wir einen Wert von ca. 28%. Noch sind wir ein gutes Stück von der Zielmarke von 35% für das Jahr 2013 entfernt. Die Bundeskanzlerin hat diese Zielvorgabe formuliert, dies in der Gewissheit, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Voraussetzung für eine Zunahme der Geburtenzahlen in Deutschland ist. Die Erziehung, Bildung und Betreuung unserer Kinder ist ein ebenso wichtiges wie sensibles Thema. Der weitere Ausbau der Angebotsstruktur erfordert eine zielorientierte Zusammenarbeit aller: der Träger, der Verwaltung, der Politik.

Im Teilfinanzplan 51.02 „Hilfen in Erziehungsangelegenheiten“ liegt der Haushaltsansatz für 2011 um ca. 16% unter dem Rechnungsergebnis von 2009. In der Wirtschaft würde wohl man von einer beachtlichen Rentabilitätssteigerung sprechen. Hier wird auf dem Papier eine Senkung der zu veranschlagenden Kosten möglich durch eine Reduzierung der Falldichte. Diese soll von 40 pro 1000 Jugendliche, dem Ist-Wert 2009, bis 2014 schrittweise auf 26 pro 1000 Jugendliche gesenkt werden. Wir fragen uns, wie eine solche Verringerung der Falldichte gelingen kann? Durch zusätzliche Präventionsmaßnahmen? Durch eine „sparsamere“ Gewährung erzieherischer Hilfen? Wir Grüne fühlen uns durch diese Kennzahlen aufgefordert, diesen Produktbereich genau zu beobachten. Denn: Hilfe muss möglichst früh ansetzen, bevor das Kind in den Brunnen fällt.

Unter der Überschrift „Früher gemeinsam lernen“ berichtet die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung im Sommer 2010 über die Ergebnisse einer amerikanischen Langzeitstudie. Fazit: „Programme für Kinder aus Risikogruppen rechnen sich.“ Konkret haben die Forscher festgestellt, dass jeder so investierte Dollar einen Ertrag von 7,16 Dollar bewirkt. Bei einer solchen Renditeerwartung wird selbst ein Ackermann blass. Der Kreis Coesfeld unternimmt auf diesem Felde schon einiges, aber noch immer viel weniger als möglich und nötig! Wir können es uns gerade angesichts leerer Kassen nicht leisten, Projekte wie den „Guten Start“ nicht in seinem Ausbau zu unterstützen. Wer heute an der Prävention spart, landet morgen in der Haushaltssicherung!

Auch der Etat Schule und Kultur ist nach Einsparpotentialen abzuklopfen. Bei unseren Kulturveranstaltungen sind veranschlagte Kostendeckungsgrade zu hinterfragen, selbst wenn bei den Einzelpositionen nur kleine vierstellige Summen als Ertrag zu erwarten sind.

Bei rückläufigen Schülerzahlen das Schulraumangebot erweitern zu wollen, ist auf den ersten Blick überraschend und beim zweiten Blick noch immer nicht zwingend notwendig. Wir müssen, gerade angesichts des demografischen Wandels, das Bildungsangebot in seiner Ausprägung überprüfen, um es dauerhaft qualitativ gut ausgestalten zu können. Das ist nicht einfach, aber notwendig und langfristig lohnend.

Welche Bedeutung haben für uns Landschaft, Natur und Umwelt? Ist Landschaft nur Produktionsfaktor oder Ressource, die es wirtschaftlich zu nutzen gilt? Oder ist sie auch ein Schon- weil Erholungsraum? Ist sie Identität bildend, gar unser Markenkern? Ist sie wertvoll und daher zu schützen und zu bewahren?

Wenn uns wirklich unsere Heimat, unsere Parklandschaft wichtig ist, warum dann dieser Stillstand bei der Aufstellung von Landschaftsplänen? Der Versuch, Fördermittel des Landes für diesen Zweck für das Jahr 2012 ein zu werben ist nett, aber angesichts der Aufgabenstellung viel zu zaghaft. Landschaftsschutz, Umwelt- und Naturschutz wird offenkundig im Kreis Coesfeld nicht mit der notwendigen Konsequenz und Ernsthaftigkeit angegangen.

Herr Schulze-Esking, zu Jahresbeginn haben Sie mit ihrer schüchternen Frage, was denn wohl eine „bäuerliche Landwirtschaft“ sei, eine aufschlussreiche Diskussion ausgelöst. Herr Laumann bezog sich in seiner Antwort auf seinen politischen Lehrherrn Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck, und beschrieb die bäuerliche Landwirtschaft als eine stets flächengebundene Landwirtschaft. Diese Definition sei aber, so Laumann, heute nicht mehr geeignet, die Wirklichkeit zu beschreiben. Also, so der Riesenbecker weiter, müsse eine neue Definition für die „bäuerliche Landwirtschaft“ entwickelt werden. An

diesem Punkt müssen wir Grüne Einspruch erheben. Wenn die Landwirtschaft im Münsterland flächenunabhängig wirtschaftet, dann haben wir keine bäuerliche sondern eine industrielle Landwirtschaft! Wir müssen das Kind schon beim richtigen Namen nennen! Und dann auch die richtigen Folgerungen aus dieser Feststellung ableiten. Dann müssen wir die Privilegien für diese landwirtschaftlichen Gewerbebetriebe in Frage stellen. Dann hilft die Suche nach Mittelwegen nicht mehr. Dann müssen endlich Stoppschilder aufgestellt werden.

Wir beobachten seit Jahren eine Zunahme der Fleischproduktion in immer gigantischeren Maststallanlagen bei gleichzeitigem Höfesterben.

Die Landwirtschaft setzt zunehmend auf den Export von Fleisch in Drittländer und sieht dort ihre Zukunft. Das ist ein Irrweg, der nicht auf Dauer funktionieren wird. Die Bäuerinnen und Bauern übersehen dabei die Chancen auf ihren regionalen Markt. In NRW, vor ihrer Haustür, leben 18 Millionen Verbraucher, die gesunde Lebensmittel aus der Region erwarten, die sie unbesorgt essen können. Nur billig können andere besser. Hier muss auf Qualität gesetzt werden.

Voltaire hat uns den Hinweis hinterlassen, dass wir nicht nur verantwortlich sind für das, was wir tun. Sondern auch für das, was wir nicht tun. Wir sind alle gefordert, zu prüfen, an welcher Stelle wir Geld ausgeben und an welcher Stelle verantwortbar Kürzung vorgenommen werden können. Der Kreis Coesfeld ist finanziell kaum in der Lage, die Winterschäden auf seinen Straßen zu beseitigen. Gleichzeitig werden noch neue Straßen im Kreis geplant. Das verstehe, wer will. Für neue Straßen sind wir Grünen nicht zu haben. Im Gegenteil: Es ist zu prüfen, welche Straßen im Netz über sind und herabgestuft werden können. Alle Investitionen, alle Positionen, sind auf den Prüfstand zu stellen. Gleichzeitig müssen wir der Frage nachgehen, wie wir heute erkennbare zukünftige Belastungen abmildern können. Und drittens müssen wir für erkennbare Risiken Rücklagen bereithalten. An diesen drei Parametern haben wir Grüne unsere Position im Zuge der Haushaltsberatungen festgemacht. Wir haben uns mit entsprechenden Anträgen in die Debatten eingebracht. Sie wollten davon nichts hören, haben aber auch keine anderen Vorschläge für Sparmaßnahmen eingebracht.

Wenn wir jetzt abschließend das Beratungsergebnis auf der Grundlage der drei Kriterien bewerten, können wir jetzt nur noch eins feststellen: Dieser Haushalt für den Kreis Coesfeld ist abzulehnen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.